

Skrodzki, Bernhard

Article — Digitized Version

Berlins Wirtschaft verdient eine realistische Betrachtung

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Skrodzki, Bernhard (1968) : Berlins Wirtschaft verdient eine realistische Betrachtung, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 48, Iss. 6, pp. 342-344

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/133856>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Schätzungen. Am zuverlässigsten sind Ausfuhr- und Einfuhrdaten, da hier aufgrund von Zoll- und Ausfuhrsteuern über Warenmengen genau Buch geführt wird.

Da die Vollständigkeit statistischer Daten von Land zu Land und von Region zu Region variiert, müssen bei der Aggregation der Länder- und Regionalstudien immer größere Lücken durch Schätzungen ausgefüllt oder das Modell ständig vereinfacht werden, indem weniger Parameter berücksichtigt und die Daten grober unterteilt werden. Dadurch entsteht die Gefahr, daß die Aussage des Modells irrelevant wird. Entweder multiplizieren sich die Fehler des unzureichenden Quellenmaterials der Projektionsbasis in den Voraussagen, oder die zu große Vereinfachung des Modells führt zu wenig praktikablen Ergebnissen.

ZUSÄTZLICHE EMPIRISCHE STUDIEN

Den Mitarbeitern des Weltleitplans sind diese Schwierigkeiten während ihrer Forschung deutlich geworden, und die FAO hat deshalb veranlaßt, statt der ur-

sprünglich vorgesehenen Projektionen auf der Grundlage von statistischen Übersichten auch eigene empirische Studien der die Landwirtschaft und Ernährung beeinflussenden Faktoren in den Ländern und Subregionen durchzuführen. Diese Untersuchungen befassen sich intensiv mit den strukturellen, politischen und soziologischen Problemen. Dazu gehören besonders die Agrarreform, das Erziehungs- und Ausbildungswesen, die Kredit- und Marktorganisationen, die Funktionen der Landwirtschaftsministerien und anderer öffentlicher Organe, die die Landwirtschaft betreffen.

Der Fortschritt der Entwicklungsländer hängt vor allen Dingen von der Überwindung struktureller Schwächen und soziologischer Hindernisse ab. Der Weltleitplan für die Landwirtschaft wird eine Hilfe für eine fruchtbringende Entwicklungspolitik der beteiligten Länder darstellen, soweit in ihm eine vernünftige Synthese zwischen den Wirtschaftszielen, die durch die Projektionen angedeutet werden, und den Möglichkeiten einer strukturellen, technologischen und gesellschaftlichen Veränderung erreicht wird.

Berlins Wirtschaft verdient eine realistische Betrachtung

Dr. Bernhard Skrodzki*, Berlin

Im WIRTSCHAFTSDIENST Heft 3 brachten wir ein Zeitgespräch zu dem Thema „Berliner Wirtschaft steht vor schwierigen Aufgaben“. Berlins Regierender Bürgermeister Klaus Schütz, Dr. Wilhelm Giel und Hans G. Schilder äußerten sich zu Problemen der Wirtschaftspolitik in Berlin. Nach Veröffentlichung der Diskussionsbeiträge erreichte uns eine Stellungnahme der Industrie- und Handelskammer zu Berlin, die sich besonders mit dem Beitrag von Hans G. Schilder „Neue Ideen sind nicht gefragt“ kritisch auseinandersetzt. Wir veröffentlichen nachstehend die Stellungnahme der Kammer in dem Bestreben, damit zur Klärung der Standpunkte in den Auseinandersetzungen um die Berliner Wirtschaft beizutragen.

Die grundlegenden Tatsachen, welche die Lage Berlins bestimmen, haben sich nicht geändert und dürften sich bis zur Wiedervereinigung unseres Vaterlandes kaum ändern. Wer sich mit den Problemen Berlins befaßt, muß davon ausgehen, daß die Stadt eine politische Aufgabe ist. Die politische und wirtschaftliche Existenz sind aber untrennbar miteinander verbunden. Man muß die Wirtschaft und die Wirtschaftspolitik deshalb als Mittel der Politik betrachten. Nur so gewinnt man richtige Maßstäbe, die leider den Autoren mancher Veröffentlichungen fehlen.

Als sich die Westmächte vor zwanzig Jahren mit der Einführung der Westmark entschieden, ihre Position in Berlin zu verteidigen, und es zur ersten Spaltung

der Stadt kam, ging es auch darum, für die Lebensfähigkeit des freien Teils Berlins zu sorgen. Wer Bilanz ziehen will, muß deshalb davon ausgehen, was in dieser Beziehung erreicht werden konnte.

KEINE FALSCHEN MASSSTÄBE!

Immer wieder wird Berlin mit der alten Reichshauptstadt verglichen. Das ist ein falscher Maßstab; denn heute lebt die Stadt unter grundlegend anderen Bedingungen. Es braucht nur auf den Verlust der Erträge aus den Hauptstadtfunktionen für Staat und Wirtschaft sowie auf die Trennung vom Hinterlande hingewiesen zu werden. Diese Situation setzt Grenzen, die sich auch mit neuen Ideen nicht überwinden lassen.

*) Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer zu Berlin.

Realisten haben schon immer gewußt, daß Berlin eine langfristige Aufgabe ist. Geht man davon aus, daß westlicher Lebensstandard der Bevölkerung und hoher Beschäftigungsstand neben der politischen Sicherheit, welche die Westmächte garantieren, die entscheidenden Voraussetzungen für die Existenz Berlins sind, dann braucht man mit der gegenwärtigen Lage nicht unzufrieden zu sein. In diesem Zustande kann Berlin für absehbare Zeit bestehen. Es wird kaum beachtet, daß der jährliche Umsatz der Berliner Industrie von 1,7 Milliarden im Jahre 1950 auf inzwischen 12 Milliarden (ohne Verbrauchsteuern für Tabakerzeugnisse und Spirituosen) gestiegen ist. Diese Existenzgrundlage sollte nicht übersehen werden. Man konnte aber wohl kaum erwarten, daß es möglich sein werde, die Lücke ganz zu schließen, die durch den Verlust der Hauptstadtfunktionen entstanden war. Deshalb ist die Verbindung von eigener Leistung und finanzieller Hilfe der Bundesrepublik notwendig. Sie sichert das wirtschaftliche und soziale Gleichgewicht für über zwei Millionen Einwohner.

HILFE UND EIGENLEISTUNG

Auch über das Verhältnis von eigener Leistung und Hilfe gibt es falsche Vorstellungen. Zieht man von der gesamten Kaufkraftübertragung aus Westdeutschland die Bundessteuern, die nach Bonn fließen, und die Leistungen ab, die der Bund auch in den anderen Ländern der Bundesrepublik übernommen hat, so betrug im Jahre 1967 die Netto-Kaufkraftübertragung im öffentlichen Bereich etwa 1,7 Milliarden, von denen ein namhafter Teil die Mindereinnahmen Berlins infolge der Steuerpräferenzen ausglich. Außerdem sollte beachtet werden, daß die Zuschüsse der Rentenversicherung, die nach Berlin fließen, primär keine Hilfe für Berlin sind, sondern der Erfüllung eines Rechtsanspruchs der Rentner dienen, die ihre Rente auch erhalten würden, wenn sie irgendwo in Westdeutschland wohnten.

Im letzten Jahre erreichte der Absatz der Berliner Wirtschaft in Westdeutschland und im Ausland 10,3 Milliarden. Setzt man den Nettoproduktionswert von etwa 50 % gleich der eigenen Leistung, so ergibt sich dafür eine Größenordnung von 5 Milliarden. Aus dem Vergleich mit 1,7 Milliarden Netto-Kaufkraftübertragung geht hervor, daß die eigene Leistung weit überwiegt. Das statistische Material genügt durchaus, um solche Erkenntnisse zu gewinnen.

PROBLEMATISCHE ALTERSSTRUKTUR?

Die Probleme, die sich aus der Altersstruktur der Berliner Bevölkerung ergeben, sind bekannt. Es gehört zu den politischen Aufgaben, alles zu tun, damit die Bevölkerungszahl Berlins soweit wie möglich gehalten wird. Auch hier sollte man sich um realisti-

sche Maßstäbe bemühen. Das Gerede von der „sterbenden Stadt“ mag zwar wirkungsvolle Schlagzeilen geben, aber es ist eine maßlose Übertreibung. Gewiß würde ein Rückgang der Bevölkerungszahl Strukturveränderungen bewirken, Berlin hat aber schon ganz andere Probleme bewältigt. Wenn die Altersstruktur vorerst dazu führt, daß die Zahl der Erwerbstätigen zurückgeht, so ist das kein dauernder Prozeß, den man mit einer Auszehrung der Bevölkerungssubstanz gleichsetzen könnte. Es sollte jedoch nicht übersehen werden, daß es bis zum Jahre 1965 gelungen ist, einen Rückgang des gesamten Arbeitskräftepotentials in Berlin zu verhindern, obgleich in dieser Zeit auf dem Arbeitsmarkt der Bundesrepublik Übernachtfrage herrschte.

Wie sich gezeigt hat, wird die Zuwanderung, die selbstverständlich mit allen Mitteln gefördert werden muß, wesentlich von der konjunkturellen Entwicklung beeinflußt, so daß aus kurzfristigen Schwankungen der Wanderungsbilanz keine weitgehenden Schlüsse gezogen werden dürfen. Infolge der Konjunkturbelebung hat die Zuwanderung in diesem Jahre bereits wieder zugenommen.

GEZIELTE INDUSTRIEPOLITIK

Wenn es gelungen ist, das wirtschaftliche und soziale Gleichgewicht in Berlin durch eigene Leistung und Hilfe zu sichern, so wird damit nicht gesagt, daß weitere Anstrengungen, die Lebensfähigkeit der Stadt aus eigener Kraft zu verbessern, überflüssig seien. Es besteht vielmehr Einigkeit darüber, das Industriepotential durch eine gezielte Industriepolitik zu vergrößern. Nun könnte man aus bestimmten Darstellungen entnehmen, diese Politik sei erfolglos, weil die gesamten Ausrüstungsinvestitionen in Berlin unter dem Durchschnitt in der Bundesrepublik liegen.

Vergleich der Industrie-Investitionen

	Bundesgebiet *)		Berlin	
	Mill. DM	Veränderungen gegen Vorjahr	Mill. DM	Veränderungen gegen Vorjahr
1961	19 031		444	
1962	19 777	+ 3,9 %	456	+ 2,7 %
1963	18 560	- 6,2 %	435	- 4,6 %
1964	19 920	+ 7,3 %	459	+ 5,5 %
1965	23 360	+17,3 %	655	+42,7 %
1966	23 710	+ 1,5 %	657	+ 0,3 %

*) Einschließlich Berlin.

Die Zahlen über die Ausrüstungsinvestitionen, die sich aus der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung ergeben, umfassen aber sämtliche Wirtschaftszweige und den öffentlichen Bereich. Auf die Industrie entfallen in Berlin nur rund 30 % aller Ausrüstungen und etwa 20 % sämtlicher Anlageinvestitionen einschließlich Bauten. Die globalen Ziffern der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung sind deshalb für die Beurteilung der Investitionstätigkeit in der Berliner Industrie und für entsprechende Vergleiche mit der westdeutschen

Industrie unbrauchbar. Wie die obige Übersicht zeigt, kann von einem Rückgang der Investitionen (Ausrüstungen und Bauten) in der Berliner Industrie nicht gesprochen werden.

Es ist sicherlich bemerkenswert, daß sich die Investitionen der Berliner Industrie seit 1961 im Durchschnitt günstiger entwickelten als in der gesamten Bundesrepublik. Von 1961 bis 1966 hätten 2,9 Milliarden investiert werden müssen, um eine Entwicklung der Investitionen wie in der Industrie der Bundesrepublik zu erreichen; es wurden aber 3,1 Milliarden investiert.

UMSATZENTWICKLUNG

Als Ergebnis dieser Investitionen stieg der Umsatz je Beschäftigten zwischen 1961 und 1967 in der Berliner Industrie um 53% gegenüber 39% im Durchschnitt der verarbeitenden Industrie in der gesamten Bundesrepublik. Gleichzeitig ging aber die Zahl der Beschäftigten in der Berliner Industrie um 19% zurück, während sie sich in der Industrie der gesamten Bundesrepublik nur um 3% verringerte. Obgleich die bemerkenswerte Zunahme der sogenannten Arbeitsproduktivität erzielt wurde, stieg der Umsatz der Berliner Industrie zwischen 1961 und 1967 nur um 24%, in der gesamten Bundesrepublik dagegen um 34%. Zweifellos war es während der betonten Übernachfrage auf dem Arbeitsmarkt nicht möglich, in der Berliner Industrie das Wachstum zu erreichen, das der Nachfrage entsprochen hätte. Auf Pendler kann in Berlin nicht zurückgegriffen werden. Wegen der gleichen Situation in den westdeutschen Ballungsgebieten siedeln sich immer mehr Betriebe in ländlichen Gebieten an. Wie aus einer Untersuchung des Instituts für Raumforschung hervorgeht, wurde die Standortwahl für 80% aller Neugründungen von Industriebetrieben in der Bundesrepublik im Jahre 1965 von den Arbeitsmarktreserven und vom Angebot preiswerten Industriegeländes bestimmt. Es leuchtet wohl ein, daß man in Berlin keine Arbeitskräfte horten kann, um dadurch einen Anreiz für die Ansiedlung neuer Betriebe zu schaffen.

Die erwähnten Untersuchungen ergeben übrigens für Hamburg und Bremen in den Jahren 1964 bis 1966 eine geringere Ansiedlungsquote für neue Betriebe als in Berlin. So wurden z.B. in Hamburg durch Neuansiedlung 463 Arbeitsplätze geschaffen, in Berlin aber 980 Arbeitsplätze. Die Errichtung von Betrieben in der Umgebung, durch die sich ein Wirtschaftszentrum ausdehnen kann, ist in Berlin nicht möglich.

STILLEGUNGEN OHNE BEDEUTUNG

Wenn betont wird, die Schließung und Verlagerung von Betriebsstätten sei für Berlin ein brisantes Problem, so ist zu bemerken, daß die Schließung und Verlagerung von Betrieben der Berliner Industrie keine Größenordnung erreichte, die gesamtwirtschaftlich relevant wäre. In der Untersuchung des Instituts für Raumforschung wurden für 1966 zum ersten Male auch Stilllegungen von Betrieben erfaßt. Danach betrug der Anteil der Beschäftigten in stillgelegten Betrieben im Jahre 1966, bezogen auf die Zahl der in der Industrie Beschäftigten am 30. Juni 1965, in Berlin 0,6%, in der gesamten Bundesrepublik aber 1,1%. Wenn in einzelnen Fällen industrielle Fertigungen zwischen Berlin und Westdeutschland verlagert wurden, so handelte es sich auch um Bewegungen in beiden Richtungen, wie sie in einem einheitlichen Wirtschaftsgebiet üblich sind.

Mit diesen Ausführungen soll einigen schiefen Vorstellungen entgegengewirkt, aber nicht bestritten werden, daß auch Berlin seine Probleme hat. Aber welches Gemeinwesen hätte keine Probleme? Berlin zu einer noch größeren Industriestadt zu machen, als es heute bereits ist, wird gelingen, wenn erkannt wird, daß es sich um eine gemeinsame Aufgabe handelt. So könnte man sich vorstellen, daß es alle großen Unternehmungen als eine nationale Verpflichtung betrachten, eine geeignete Produktion in Berlin zu unterhalten. Was unter viel ungünstigeren Voraussetzungen, als sie heute vorhanden sind, nach dem zweiten Weltkriege gelungen ist, sollte eigentlich auch für die Zukunft möglich sein.

BIBLIOGRAPHIE DER WIRTSCHAFTSPRESSE

Herausgeber: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv

Quellennachweis mit Legende zu Aufsätzen aus ausländischen Fachzeitschriften (monatlich rd. 400 Titel)

Jahresbezugspreis DM 120,—

VERLAG WELTARCHIV GMBH · 2 HAMBURG 20 · EPPENDORFER LANDSTRASSE 106